

kurrenz: Dem, der des Türkischen mächtig ist, ist eine ausgezeichnete zehnbändige Enzyklopädie zur Türkei in der republikanischen Epoche⁵ zugänglich, die weitaus umfassender angelegt ist als das vorliegende Handbuch und Beiträge zu manchen Themen bietet, die man hier vermißt, beispielsweise zur Entwicklung der Türkischen Sprache (Sprachreform!), zum Gesundheitssystem oder zur Sozialpolitik. Trotz der im Einzelnen geäußerten Kritik ist das Handbuch ein bislang in dieser Form vermißtes Hilfsmittel, das in vielerlei Hinsicht einen Schlüssel zum »Rätsel Türkei« bietet.

Ulrich Deffaa

Gudrun Krämer

Ägypten unter Mubarak: Identität und nationales Interesse,

Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 22, Nomos Verlag, Baden-Baden, 1986, 230 S., DM 29,—

Das vorliegende Buch ist eine beachtliche Leistung. Es gibt viel mehr her, als sein Titel besagt. Es beschränkt sich nicht auf die Ära Mubarak, sondern greift natürlich zurück auf die vorhergegangenen Perioden von Nasser und Sadat, d. h. seit der Revolution von 1952. Es gibt somit einen umfassenden Überblick über die Gesamtentwicklung Ägyptens seit 35 Jahren. Für eine solche Darstellung war die Autorin wie prädestiniert. Frau Dr. Krämer ist Politikwissenschaftlerin und Arabistin. Sie hat in Deutschland und England studiert, sich zwei Jahre in London, Paris, Kairo und Jerusalem aufgehalten, somit weite Erfahrungen und Kenntnis über den Nahen Osten gewonnen. Das spricht auch schon aus dem weitreichenden Literaturverzeichnis ihres Buches, das mit dem Reichtum seiner fremdsprachlichen Quellen äußerst beeindruckend ist.

Wir haben es also mit einer wirklich kompetenten Arbeit zu tun, deren Wert noch dadurch erhöht wird, daß die Autorin über eine sehr gute Diktion und klare Sprache verfügt. Daß ihre Sympathie in der konfliktreichen regionalen Situation bei Ägypten liegt ist wohl selbstverständlich.

Sie beginnt das Buch mit einer Darstellung der *Wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Ägyptens* als Grundlage der Entwicklung des Landes und seiner politischen Ordnung. Als Hauptproblem stellt sich dabei das Wachstum der Bevölkerung und die Begrenzung des kultivierbaren Bodens. Seit der Revolution von 1952 gab es in der Wirtschaftspolitik zwei unterschiedliche Strategien. Zum einen den arabischen Sozialismus bzw. Staatskapitalismus nasseristischer Prägung und zum anderen die wirtschaftliche Öffnung (Infitah), die Sadat nach dem Oktoberkrieg von 1973 im April 1974 einführte. Präsident Mubarak bemühte sich nach 1981 um eine Synthese der positiven Elemente beider Modelle im Rahmen einer sogenannten produktiven Infitah-Politik.

5 Cumhuriyet Dönemi Türkiye Ansiklopedisi, Istanbul: 1983 f.

Breiten Raum nimmt die *Konstellation der politischen Kräfte* unter Sadat und Mubarak ein. Die Autorin versucht, das politische Spektrum primär über die inhaltliche, im weitesten Sinne ideologische Dimension zu erfassen, wobei sie den Begriff »Strömungen« verwendet, der mit »Lager«, »Richtung« und »Tendenz« synonym gebraucht wird. Sie sind als Ausdruck politischer Einstellung zu betrachten. Sie überdauern die Parteien, die nur einen Mechanismus politischer Organisation und Artikulation darstellen. Die derzeit zugelassenen Parteien sind nur Ansatzpunkte für eine Institutionalisierung der Strömungen. Gewerkschaften können eine eigenständige, politische Rolle nicht spielen; einzelne Berufsverbände (Journalisten, Anwälte, Studenten) haben da schon größeres Gewicht. Die Autorin schildert sodann das *liberale Experiment unter Anwar Sadat*, der mit seinem Wirtschaftsliberalismus die politische Liberalisierung verband und die schrittweise Umwandlung der nasseristischen Einheitspartei Arabisch-sozialistische Union (ASU) in ein Mehrparteiensystem durchführte. Mit der Öffnung des politischen Systems (infitah siyasi) wollte Sadat anscheinend seiner Herrschaft demokratische Legitimation verleihen.

In der Folgezeit kam es zu verschiedenen Parteigründungen unterschiedlicher Richtung. Sadat baute seine eigene Partei, die National-Demokratische Partei (NDP) auf. Die alte Wafd-Partei wurde als Neo-Wafd wiederbelebt. Außerdem traten radikale islamische Kräfte immer mehr in den Vordergrund, die vor allem die Durchsetzung der »Scharia« forderten. Sadat mußte dem nachgeben und durch Referendum vom 22. Mai 1980 wurde die Scharia zur Hautquelle der ägyptischen Gesetzgebung gemacht. Sadat hatte mit allerlei politischen Spannungen zu kämpfen, was ihn zur Einengung der politischen Freiheiten veranlaßte. Damit kam auch das liberale Experiment zum Erliegen.

Die *innerpolitische Entwicklung unter Mubarak* zeigte dann einen neuen Stil der Mäßigung und Konzilians. Für Oppositionsparteien wurden erneut Chancen gegeben. Die Lockerung der politischen Restriktionen und Abhaltung freier Parlamentswahlen 1984, die auch die gewaltfrei operierende Opposition berücksichtigte, boten Aussicht, zwei Schlüsselbegriffe des neuen Regimes miteinander zu verbinden: Wandel personeller wie substanzieller Art und Kontinuität bzw. Stabilität. Eine neuerliche Liberalisierung ließe sich als Mubaraks Kulturrevolution denken, analog zu Sadats Vorbild.

Die Autorin schildert nun genauer die *politischen Strömungen* mit den ihnen zuzuordnenden Parteien. Besonderes Interesse dabei verdient die *Islamische* Strömung. Alle politischen Kräfte bemühen sich, ihr positives Verhältnis zur Religion, d. h. dem Islam, als Ausdruck ägyptisch-arabischer Identität, zu dokumentieren. Die Rückwendung zur Religion begann schon zur Nasser-Zeit, wurde unter Sadat zunehmend spürbar und hat sich bis heute weiter verstärkt. Die einflußreichste Kraft des islamischen Lagers bildete die Muslim-Bruderschaft, die schon seit ihrer Gründung 1928 die islamische Richtung bestimmte. Es gibt in ihr radikale und moderate Tendenzen. Das Hauptanliegen der Bewegung ist die Durchsetzung des Islam, d. h. des religiösen Rechts, als einzige Quelle der ägyptischen Gesetzgebung.

Eine Sensation bedeutete es, als vor den Parlamentswahlen von 1984 die Muslim-Bruderschaft ausgerechnet mit der Neo-Wafd-Partei ein Bündnis einging (der alte Wafd war

früher Hauptgegner der Muslim-Bruderschaft gewesen). Sie begannen jetzt, sich in innerpolitischen Kernfragen, wie Demokratie und Rolle des Islam, auf einander zuzubewegen. Die linke Opposition griff die gemeinsame Liste von Muslim-Brüdern und Neo-Wafd als reaktionäre Allianz der »Feinde der Revolution von 1952« an. Dagegen sah die Regierung eine Chance, diesen Flügel der islamischen Opposition in das bestehende System einzubinden, während das mit dem militanten Flügel der islamischen Opposition nicht möglich war. Allerdings sind Übergänge fließend. Eine Mittelposition nehmen die überwiegend studentischen »Islamischen Gemeinschaften« ein. Sie gingen offen vor, um die angestrebte islamische Ordnung über eine Massenbewegung zu verwirklichen.

Auch innerhalb des radikal-islamischen Lagers lassen sich mehrere Richtungen ausmachen. Die einzelnen Gruppen sehen sich entweder als revolutionäre Avantgarde oder hoffen auf eine in langsamer Erziehungsarbeit gewonnene Massenbasis. Bei aller Differenzierung sind sie sich in ihren Zielen grundsätzlich einig: Die gegenwärtige Rechts- und Gesellschaftsordnung des Landes ist unislamisch; die gesetzgebende Gewalt kommt allein Gott zu, die Scharia ist daher als Grundlage einer islamischen Rechts- und Gesellschaftsordnung sofort und integral durchzusetzen. Alle Gruppen des radikalen Lagers sehen schließlich in der Anwendung von Gewalt das einzige Mittel zur Verwirklichung der angestrebten Ordnung.

Das Reservoir der militanten islamischen Opposition ist groß und trotz aller Strafverfolgungen und Aufklärungsmaßnahmen nicht erschöpflich. Sie kann auf Unterstützung der unterprivilegierten und unzufriedenen Gruppen hoffen; wie überhaupt hinter der Bewegung das große soziale Problem der Überbevölkerung, der Not und des Elends weiter Kreise steht. Vor allem im Fall der studentischen Jugend sind Unzufriedenheit und Protest nur zu begründet.

Eine *Parallele Iran-Ägypten* ist verschiedentlich mit der Begründung abgelehnt worden, im sunnitischen, traditionell von einem übermächtigen Staatsapparat kontrollierten Ägypten verfüge der »Klerus« der Rechtsgelehrten – anders als im schiitischen Iran – über keine vom Staat unabhängige Macht- und Legitimationsbasis und auch über keine Tradition des Widerstandes gegen »unislamische« oder fremde Herrscher. Er könne daher den Volkswiderstand nicht organisieren. Als staatsgefährdend gelten in Ägypten allein die islamischen Untergrundorganisationen, wie sich bei der Ermordung Sadats am 6. Oktober und dem Aufstand in Asyut am 8. bis 10. Oktober 1981 ergeben habe.

Ungeachtet ihrer ideologischen Differenzen dringt die gesamte Opposition darauf, der islamischen Strömung als authentischer, in breiten Schichten der Bevölkerung verankerter Bewegung einen Platz im System einzuräumen. Die staatliche Unterdrückung wird die Anziehungskraft der als Märtyrer erscheinenden Opposition als Alternative zum bestehenden System erhöhen.

Die Autorin beschreibt dann die *Konzepte und Forderungen der Opposition*. Trotz sehr unterschiedlicher Meinungen ist doch eine Einigung in bestimmten Kernfragen der Innen- und Außenpolitik zustande gekommen, die bei der Wahl von 1984 vorgebracht wurden. So im politischen System die Umwandlung des Präsidialsystems in ein parlamentarisches Mehrparteiensystem. Die einzelnen Forderungen wurden von einem Komitee zur

Verteidigung der Demokratie formuliert. Der Ruf nach echter Demokratie im Rahmen eines parlamentarischen Rechtsstaates tritt hervor. Bemerkenswert ist die Bereitschaft des gemäßigten islamischen Lagers zur Anerkennung des parlamentarischen Systems als legitime zeitgemäße Form des Konsultations(shura)-Prinzips, das nach islamischer Lehre das Zusammenwirken von Herrscher und Beherrschten regeln soll. Andererseits zeigte sich die Problematik der Vereinbarkeit von moderner Demokratie und islamischem Recht.

Bezüglich der *Wirtschaftsordnung* machte der Ruf nach »sozialer Gerechtigkeit« und »Überbrückung der Klassenunterschiede« die Rechts-/Linksspaltung deutlich und bestimmte maßgebend das Meinungs- und Parteienspektrum Ägyptens. Sie sollte im Rahmen des Bündnisses der arbeitenden Kräfte des Volkes, das Bauern, Arbeiter, Armee, nationales Kapital und Intelligenz umfaßt, friedlich ausgeglichen werden. Die Linke setzte dabei auf die Führungsrolle des Staates; die Rechte trat dagegen für Beschränkung staatlicher Intervention ein, sie vertritt die »Infitah«-Politik. Umstritten ist auch die Zusammenarbeit mit ausländischen Investoren, darunter die enge Bindung Ägyptens an die USA. Umfassende Reformansätze und überzeugende Lösungen sind jedoch nicht zu erkennen.

In der *Religionspolitik* gilt zwar der neue Artikel II der 1980 abgeänderten Verfassung von 1971, der die Prinzipien der Scharia zur Hauptquelle der ägyptischen Gesetzgebung macht. Ihre Definition und konkrete Umsetzung aber sind interpretationsfähig. Dabei nun treten die Auffassungsunterschiede zwischen den verschiedenen Lagern hervor. Die Autorin meint, die Forderung nach Durchsetzung der Scharia mit allen ihren Folgen für das tägliche Leben sei als Ausdruck einer breiten nach »Authentizität« strebenden Strömung in der politischen Öffentlichkeit Ägyptens zu sehen.

In der *Außenpolitik* kann sich die Opposition auf folgende gemeinsame Positionen einigen: Arabische Solidarität, führende Rolle Ägyptens im arabischen Lager, enger Zusammenschluß mit Sudan, Blockfreiheit d. h. ausgewogene Beziehungen zu beiden Supermächten, scharfe Kritik am Camp David-Abkommen, am Friedensvertrag mit Israel und Normalisierung der Beziehungen. Das bedeutet: Vehemente Kritik an der Zusammenarbeit mit den USA und stärkere Ausrichtung auf das sozialistische Lager.

Zum *Stand der innenpolitischen Entwicklung* greift die Autorin zurück auf den schon vorher genannten Begriff der politischen Strömungen und stellt fest, daß die Einschränkung individueller und politischer Freiheiten in der Nasser- und Sadat-Zeit diese Strömungen nicht hat eliminieren können. Die Strömungen haben bislang unabhängig von ihrer institutionellen Verankerung fortbestanden. Parteien und Verbände sind vom Staat ins Leben gerufen, in ihrem Wirkungskreis beschränkt oder verboten worden. Die Strömungen sind geblieben. Unter Mubarak hat aber das Parteiensystem unerwartete Dynamik entfaltet. Daneben ist mit Neo-Wafd eine Bewegung mit eigenständiger Legitimation aufgetreten. Aussichten auf direkte Gestaltung der ägyptischen Politik haben die Parteien aber nicht. Die Aufgabe der Oppositionsparteien liegt in erster Linie darin, nachzuweisen, daß offene politische Diskussion überhaupt sinnvoll und legitim ist. Sie

dienen zugleich auch als kritische Öffentlichkeit, die Regierung, Justiz und Wirtschaft dazu zwingt, ihre Praktiken offenzulegen und zu verteidigen.

Beim parteipolitischen System sind ohnehin enge Grenzen gesetzt, da die Parteien auf den guten Willen des Präsidenten angewiesen sind. In der Bevölkerung besteht weitgehendes Desinteresse an der parteipolitischen Entwicklung. Auch bei den Studenten ist das Interesse nicht so groß, wie man erwarten sollte.

Nach Auffassung der Autorin bliebe immer noch die Chance wirklich freier Wahlen, damit sich Regierungs- und Oppositionskräfte in ihrer tatsächlichen Stärke durchsetzen können. Die schrittweise Legitimierung der Opposition und Liberalisierung des politischen Systems sei nicht völlig abgeblockt. Die Schlüsselrolle in einem Prozeß der demokratischen Legitimierung des Systems käme dem Neo-Wafd zu, der als einzige Oppositionspartei über eine ausreichende Basis verfügt. – Die Autorin knüpft hieran noch weitere interessante Betrachtungen über vielleicht mögliche politische Entwicklungen, die der Rezensent hier aber nicht vorwegnehmen möchte.

Im dritten Kapitel ihrer Arbeit befaßt sich die Autorin mit den *Grundlinien der ägyptischen Außenpolitik*. Ausgehend von der als Umkehrung der Allianzen bezeichneten Umorientierung auf die USA und, eng damit verbunden, der Friedenspolitik gegenüber Israel, die Sadat als neue Elemente in die ägyptische Außenpolitik einführte, werden vor allem die Bemühungen der Führung unter Mubarak untersucht, die seit 1979 verzerrten Außenbeziehungen des Landes zu normalisieren. Dies bedeutete Intensivierung der Kontakte zur Bewegung der Blockfreien und zum afrikanischen, islamischen und arabischen Umfeld sowie auch die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion. – Die Bindung an die USA und Israel wird, mit gewisser Distanz gegenüber den USA im militärischen Bereich, als beharrendes Element gesehen, dem die Regierung unter Mubarak eine Annäherung an die arabisch-islamische Welt als dynamisches Element gegenüberstellt. Im übrigen bedingt der von Sadat gewählte und von Mubarak nur ansatzweise korrigierte Wirtschaftskurs eine grundsätzliche Beibehaltung der pro-westlichen Orientierung der ägyptischen Außenpolitik.

Die *ägyptisch-israelischen Beziehungen*, die sich verhältnismäßig gut anließen, erlitten mit dem Einmarsch der Israelis in den Libanon im Juni 1982 einen starken Rückschlag. Ägyptische Vermittlungs- und Interventionsversuche zugunsten der Libanesen und Palästinenser konnten weder die Ausdehnung der israelischen Militäraktionen verhindern noch die Bombardierung Beiruts und die Vertreibung der PLO-Kämpfer zunächst aus Beirut und dann aus Tripoli. Es ist hier nicht der Platz, auf die dramatische weitere Entwicklung in der Region einzugehen, die bis heute kein Ende gefunden hat, wobei nicht zuletzt auch an den Leidensweg der palästinensischen Bevölkerung der PLO zu denken ist. Es sei daher nur noch auf ein paar besondere Schwerpunkte in den Darstellungen von Frau Krämer hingewiesen: Das sind einmal ihre Ausführungen zur *Stellung Ägyptens im arabischen Lager* und der seit Mubaraks Machtübernahme bewußt betriebenen Politik, unter Wahrung der ägyptisch-israelischen Verträge die *Wiederannäherung* an das arabische Lager zu suchen, was auch schrittweise gelang, – und dann zur *ägyptischen Rolle im*

Friedensprozeß aufgrund des Camp David-Abkommens vom September 1978 und des Friedensvertrages vom März 1979. Die Untersuchungen der Autorin erstrecken sich hierzu zunächst auf die bilateralen Beziehungen zwischen Ägypten und Israel gemäß den Teilen B und C des Camp David-Abkommens, die den Friedensvertrag und die Normalisierung betreffen. Was die Autorin hierzu zu sagen hat, ist genau und gründlich und für jeden, der sich mit dem Problem befaßt, von Nutzen. Die Erwartungen der israelischen Regierung waren hochgespannt. Doch zeigte die ägyptische Reaktion auf die Libanon-Invasion, wie schon angedeutet, die Grenzen der Normalisierung.

Die von der ägyptischen Regierung vertretene Linie, Wahrung des Camp David-Abkommens und des Friedensvertrages, aber Reduzierung der Normalisierung auf das rechtlich und politisch vertretbare Minimum kam den Vorstellungen der »politischen Öffentlichkeit« und Opposition entgegen. Zumindest bis 1985 wurde auch keine Aufkündigung des Rahmenwerkes von Camp David und des Friedensvertrages gefordert. Als allerdings die israelische Luftwaffe am 1. Oktober 1985 das PLO-Hauptquartier bei Tunis angriff und kurz darauf amerikanische Flugzeuge die ägyptische Maschine mit den palästinensischen Entführern des Kreuzfahrtschiffes »Achille Lauro« zur Landung auf einem amerikanischen Militärflughafen auf Sizilien zwangen, wurde in der ägyptischen Öffentlichkeit lautstark der Abbruch der Beziehungen mit Tel Aviv und Washington gefordert. Die Autorin untersuchte hierzu die Meinungen in den verschiedenen Gruppierungen Ägyptens und stellte fest, daß jetzt alle forderten, die Normalisierung der Beziehung zu Israel abubrechen oder zumindest einzufrieren. Der Widerstand gegen die Normalisierung stellte weniger die Existenz des Staates Israel als vielmehr seine Legitimität in Frage.

Die ägyptische Regierung ist jedoch, wie die Autorin sagt, bemüht, für die im ersten Teil A des Abkommens von Camp David ausgesprochene *Palästinafrage*, die sie zum »Herzstück des Nahostkonfliktes« erklärt hat, über den dort skizzierten Rahmen hinaus neue Lösungen zu suchen. Damit betonte sie die Verpflichtung gegenüber der arabisch-islamischen Seite, die ihrem Selbstverständnis als arabisch-islamischer Staat ebenso entspricht wie ihren politischen Interessen; denn die erfolgreiche Durchsetzung von Verhandlungen auf der Grundlage von Camp David könnte letztlich dazu dienen, den ägyptischen Sonderweg in der Israelpolitik zu legitimieren. Die PLO als von allen arabischen Staaten einschließlich Ägyptens anerkannte legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes blieb dabei ausgeklammert.

Die Prinzipien von Camp David und des Friedensvertrages sieht die Autorin als einen »Formalkompromiß« an, der eine Vielzahl von Interpretationen erlaubt bzw. verschleiert. Daran sind auch die im Mai 1979 eingeleiteten Autonomiegespräche zwischen Israel und Ägypten gescheitert. Trotzdem bemüht sich die ägyptische Regierung, ausgehend von dem »Geist von Camp David« um neue Anstöße zur Friedenssuche. Inzwischen gab es auch eine Vielfalt interessanter Lösungsvorschläge von verschiedenen Seiten, die sich aber nicht durchsetzen konnten. Die ägyptische Seite blieb inhaltlich auf dem Boden von Camp David, suchte aber im prozeduralen Rahmen neue Ansätze. So verfolgte sie seit 1984 parallel zwei Ansätze, die eine Koordination zwischen Jordanien und Palästin-

sern unter Einschluß von PLO-Vertretern sowie eine internationale Konferenz unter dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vorsahen. Sie fand dafür die Unterstützung von König Hussein. Solche Verhandlungen setzen aber auch allgemeinen arabischen Konsens voraus. Jedenfalls setzte Mubarak diese Linie unverändert fort und brachte sie auch wieder bei seinen Gesprächen mit dem israelischen Außenminister Peres Ende Februar 1987 vor. Das weitaus größte Problem ist die Einbeziehung der PLO; ohne sie besteht keine Aussicht auf Erfolg.

Die Möglichkeiten Ägyptens, auf der Grundlage seiner Verträge mit Israel eine umfassende Lösung des arabisch-israelischen Konflikts herbeizuführen, sind begrenzt. Es bleibt auf die Konzessionsbereitschaft und Mäßigung sowohl Israels als auch der jordanisch-palästinensischen Seite als den unmittelbar beteiligten Parteien angewiesen. Syrien und die »radikalen« Kräfte in der PLO blieben draußen. In Israel ist der derzeitige Ministerpräsident Schamir hartnäckig gegen Beteiligung der PLO, sein Außenminister und Partner Peres ist wesentlich flexibler.

Die Autorin schließt ihr Buch mit einer zusammenfassenden Betrachtung über Identität und nationales Interesse Ägyptens ab, die die Leitgedanken ihrer Arbeit waren.

Angesichts der aktuellen Position Ägyptens im Nahost-Konflikt stellt das Buch von Gudrun Krämer eine ausgezeichnete und zuverlässige Informationsquelle für breite Kreise dar.

Gerhard Moltmann

Catherine Coquery-Vidrovitch

Afrique noire. Permanences et ruptures

Paris: Payot 1985, 440 p., 170,— FFr.

Quiconque croyait savoir quelque chose sur l'Afrique noire pensera autrement après la lecture de ce livre. A nouveau l'auteur, Mme. Coquery-Vidrovitch a fait preuve de son érudition en la matière.

Le livre s'adresse par son approche et la densité des faits présentés aussi bien au débutant qu'à l'avancé. Si le premier aura des difficultés à apprécier la multitude des exemples historiques cités, il profitera d'autant plus de l'approche historique spécifique de l'auteur qui lui épargne dès le début de ses études les pièges méthodologiques à l'ordre du jour dans la littérature sur l'Afrique. Pour le dernier le livre deviendra sans doute, comme l'a écrit Paul de Dekker dans son excellent compte rendu »la référence indispensable en langue française«.¹

»Africa is a big place!« me répondit un ami africain quand je lui racontais mon intention de faire cette revue, comme pour m'avertir de l'impossibilité d'arriver à des conclusions

1 Le Monde diplomatique, sept. 1985, p. 12.